

Klima soll besser verwaltet werden

In Bangkok kommt der Tross der Klimadiplomaten zusammen, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK. Nächste Woche treffen sich wieder Tausende Klimadiplomaten und -experten, diesmal in Thailands Hauptstadt Bangkok. Die Klimarettung steht dabei nicht direkt auf dem Programm. Stattdessen sollen Verwaltungen geschaffen werden, um die internationale Klimapolitik besser zu koordinieren.

Wenn sich das Klima um mehr als zwei Grad erwärmt, drohen katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen. Mit den derzeit vorgesehenen Klimaschutzmaßnahmen rechnen Wissenschaftler aber mit einer Erwärmung von 3,9 Grad. Noch sind die Klimaverhandlungen also weit von ihrem Ziel entfernt.

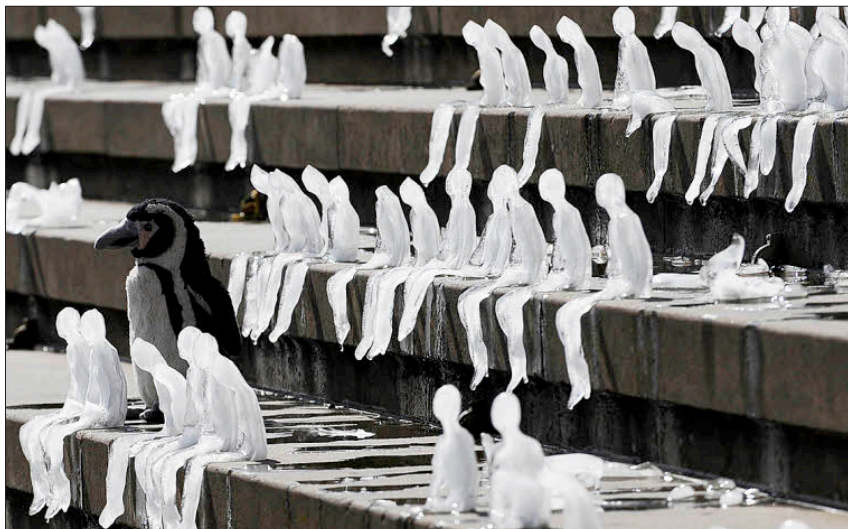
Wenn sich die Klimadiplomaten nächste Woche in Bangkok zur ersten Konferenz des Jahres treffen, werden die unzureichenden Klimaschutzanstrengungen aber nur ein Thema unter vielen sein. Im Zentrum stehen institutionelle Fragen. Bei der Konferenz im mexikanischen Cancún Ende vergangenen Jahres hat man sich darauf geeinigt, drei Institutionen zu schaffen. Dies ist erstens ein Fonds, der Geld für den Klimaschutz verwalten soll. Zweitens geht es um einen Mechanismus, der Entwicklungsländern Zugang zu klimarelevanten Technologien verschafft. Drittens soll ein Forum entstehen, wo Länder ihre Aktionen zur Anpassung an die Erderwärmung koordinieren können. Diese Institutionen brauchen Statute, Sekretariate, Aufsichtsgremien und Geld. Sie können das Klima nicht retten, aber ohne derartige Verwaltungen lässt sich keine international koordinierte Klimapolitik umsetzen.

Das Klima retten können nur die Staaten, aber seit Cancún hat sich wenig Positives getan. Die einzige Ausnahme ist China. Dort hat der Volkskongress, das Pseudoparlament des Landes, in seinem neuesten Fünfjahresplan eine Obergren-

ze für den Energieverbrauch festgelegt. Dies war überraschend, da sich Peking zuvor stets geweigert hatte, seiner schnell wachsenden Wirtschaft feste Obergrenzen zu setzen. In Europa hingegen herrscht nach wie vor Uneinigkeit über das Emissionsziel für das Jahr 2020. Bislang soll der Ausstoß des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO₂) bis dahin um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Da die Emissionen aber heute bereits 17 Prozent niedriger sind als 1990, gilt dieses Ziel als wenig anspruchsvoll. Verschiedene EU-Länder wollen daher die Latte höher legen und eine Emissionsreduktion von 25 oder 30 Prozent vereinbaren.

Ganz schwierig sieht es in den USA aus. Am Mittwoch hat US-Präsident Obama zwar angekündigt, die Ölimporte innerhalb „von etwas mehr als einem Jahrzehnt“ um ein Drittel zu senken. Welche Klimawirkung dies hat, ist aber unklar. Denn zum einen soll die einheimische Ölförderung ausgebaut werden und zum anderen setzt Obama weiter auf Biosprit. Dieser hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelpreise, sondern ist oft auch klimaschädlicher als Benzin aus Erdöl. Gleichzeitig versuchen die Republikaner der US-Umweltschutzagentur EPA das Recht zu nehmen, CO₂ zu regulieren.

Und schließlich findet sich im Budgetvorschlag der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus die Streichung der Mittel für das Amt von Todd Stern. Er leitet die US-Delegation bei den Klimaverhandlungen. Setzen sich die Republikaner mit ihrem Ansinnen durch, wird für Stern die Klimakonferenz in Bangkok die letzte gewesen sein, da Amerika anschließend nicht mehr bei den Verhandlungen dabei wäre. Unter diesen Umständen klingen die Worte von Christiana Figueres, der Chefin des UN-Klimasekretariats, wie eine Beschwörung: „Die Regierungen müssen den Schwung von Cancún aufrecht erhalten.“



Die Brasilianerin Nele Azevedo schuf 2009 in Berlin Figuren aus Eis, um auf den fortschreitenden Klimawandel hinzuweisen.